

Stand: 02.07.2026 21:05:55

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8827

"Mehr Freiheit und weniger Bürokratie für Wissenschaft, Forschung und Technologie!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8827 vom 12.11.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8908 vom 13.11.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 63 vom 13.11.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Robert Brannekämper, Petra Guttenberger, Bernhard Seidenath, Steffen Vogel, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Andreas Schalk, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mehr Freiheit und weniger Bürokratie für Wissenschaft, Forschung und Technologie!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Hightech Agenda Deutschland der Bundesregierung. Mit der klaren Fokussierung auf Schlüsseltechnologien wie Raumfahrt, KI, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, Kernfusion sowie klimaneutrale Energie und Mobilität zeigt die Bundesregierung, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat. Die Hightech-Agenda Bayern war die Blaupause hierfür.

Der Landtag stellt fest:

- Ein klares Ziel der neuen Forschungspolitik muss nun sein: Vorfahrt für Forschung.
- Damit Forscherinnen und Forscher in Deutschland unter international konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen arbeiten können, muss nun auch die deutsche Forschungslandschaft entbürokratisiert und entschlackt werden.
- Rechtliche und tatsächliche Hindernisse, die der Konkurrenzfähigkeit deutscher Forschung derzeit noch im Wege stehen, sind so schnell wie möglich zu beseitigen.
- Die von der Bundesregierung in ihrer Klausurtagung beschlossene Staatsmodernisierung und der Bürokratieabbau dürfen nicht vor Wissenschaft und Forschung Halt machen, sondern müssen gerade auch diese Bereiche umfassen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die u. a. im Koalitionsvertrag angekündigten Strukturereformen und Maßnahmen für mehr Freiheit und weniger Bürokratie im Sinne Bayerns zu begleiten. Hierzu zählen im Besonderen:

- Innovationsfreiheitsgesetz: Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland verbringen einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit dem Formulieren von Anträgen für Drittmittel und können sich in dieser Zeit gerade nicht ihren eigentlichen Aufgaben widmen. Hier müssen Bund und Länder gemeinsam mit

den großen Forschungsorganisationen einen Paradigmenwechsel einleiten. Das Ziel muss sein: Mehr Freiraum für exzellente Forschung und schnellere Förderentscheidungen. Eine Entbürokratisierung auf diesem Feld könnte der Wissenschaft in Deutschland neuen Schwung verleihen. Die Masse an Vorschriften, die im Laufe der Jahre auch für Forschung und Wissenschaft angewachsen ist (z. B. Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflichten), ist auf ein Mindestmaß zurückzufahren. Auch Projektmittel müssen künftig flexibler bewirtschaftet werden können. Darüber hinaus sind Bereichsausnahmen für Forschung zu beschließen, unter anderem im Umsatzsteuergesetz und Vergaberecht, um mehr Freiheit für Forschung zu ermöglichen.

- Forschungsdatengesetz: Große Datenmengen sind Voraussetzung zentraler neuer Erkenntnisse in zahlreichen Forschungsfeldern. Gerade in der Coronapandemie musste Deutschland erleben, dass andere europäische Länder bei epidemiologischen Studien Vorreiter waren, weil sie besseren Zugang zu Patientendaten besaßen. Es gibt mittlerweile gute Möglichkeiten, persönliche Daten zu anonymisieren. Die Datennutzung gemäß Bundesdatenschutzgesetz ist zu vereinfachen und ein Forschungsdatengesetz ist zu erarbeiten. Denn Daten sind der Treibstoff für Fortschritt.
- Forschungsinfrastruktur: In Deutschland besteht bei den Hochschul- und Forschungsbauten ein erheblicher Sanierungsbedarf, auch wegen des Alters der Gebäude. Die Schnellbauinitiativen für Hochschulen, Unterstützungen für Unikliniken und Forschungsbauten sollen daher in den nächsten Haushalten des Bundes gebührend abgebildet werden. Beim Sondervermögen für die Infrastruktur sind besonders auch die deutschen Hochschulen, Universitätskliniken sowie Forschungsinfrastrukturen mitzudenken. Damit die Mittel schnell und effizient in die Infrastrukturmaßnahmen fließen können, sind das Bauplanungs- und Umweltrecht radikal zu entschlacken. Denn schnelles Bauen ist gerade im weltweiten Wettbewerb von Forschung und Technologie ein wichtiger Standortfaktor und spart zudem Ressourcen und Steuergeld. Um international nicht ins Hintertreffen zu geraten, sollte Forschung zudem auch steuerlich stärker gefördert werden: Mit einem Forschungsprivileg im Steuerrecht, über das Zuwendungen an Wissenschaft und Forschung steuerlich begünstigt werden, könnten neue Mittel für Forschung und Innovation erschlossen werden. Nur mit bester Forschungsinfrastruktur gewinnen wir den weltweiten Wettlauf um Technologie und Innovation.

Begründung:

Nie waren Forschung und Technologie so wichtig wie heute. Ob es sich um eine hybride Bedrohungslage, den Klimawandel, die Herausforderungen der Wirtschaft oder den durch Digitalisierung und KI stetig steigenden Energiebedarf handelt: Die aktuellen Herausforderungen werden Bayern und Deutschland nur durch die Kreativität und den Erfindungsgeist seiner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an unseren Hochschulen, Forschungseinrichtungen sowie in den forschenden Unternehmen meistern können.

Bayern hat mit seiner 5,5 Mrd. Euro umfassenden Hightech-Agenda seit 2019 vorge-macht, wie man Forschung und Innovation in den Mittelpunkt politischen Handelns stellen und Schlüsseltechnologien forcieren kann. Die Erfolge sind greifbar: Große, internationale Forschungs-, Technologie- und KI-Unternehmen haben zwischenzeitlich in Bayern ihre europäischen Standorte eröffnet. Milliardeninvestitionen werden in Bayern derzeit auf den Weg gebracht, gerade in Zukunftsbereichen wie der Luft- und Raumfahrt, KI- und Quantentechnologie und der universitären Spitzenmedizin. Auch der ländliche Raum im Freistaat profitiert mit zahlreichen Investitionen in Hochschulen, Gründungs-Hubs und Technologietransferzentren. Die bayerische Digitalwirtschaft boomt. Bayern ist bundesweit führend bei Patentanmeldungen und bei Start-ups. Die Bundesregierung ist dem bayerischen Beispiel nun gefolgt und hat ebenfalls eine Hightech Agenda Deutschland gestartet. Damit diese nun ihre volle Wirkung entfalten kann, muss

die Hightech Agenda Deutschland von einer mutigen Entbürokratisierungsoffensive begleitet werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Robert Brannekämper, Petra Guttenberger, Bernhard Seidenath, Steffen Vogel, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Andreas Schalk, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/8827

Mehr Freiheit und weniger Bürokratie für Wissenschaft, Forschung und Technologie!

Der Landtag begrüßt die Hightech Agenda Deutschland der Bundesregierung. Mit der klaren Fokussierung auf Schlüsseltechnologien wie Raumfahrt, KI, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, Kernfusion sowie klimaneutrale Energie und Mobilität zeigt die Bundesregierung, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt hat. Die Hightech-Agenda Bayern war die Blaupause hierfür.

Der Landtag stellt fest:

- Ein klares Ziel der neuen Forschungspolitik muss nun sein: Vorfahrt für Forschung.
- Damit Forscherinnen und Forscher in Deutschland unter international konkurrenzfähigen Rahmenbedingungen arbeiten können, muss nun auch die deutsche Forschungslandschaft entbürokratisiert und entschlackt werden.
- Rechtliche und tatsächliche Hindernisse, die der Konkurrenzfähigkeit deutscher Forschung derzeit noch im Wege stehen, sind so schnell wie möglich zu beseitigen.
- Die von der Bundesregierung in ihrer Klausurtagung beschlossene Staatsmodernisierung und der Bürokratieabbau dürfen nicht vor Wissenschaft und Forschung Halt machen, sondern müssen gerade auch diese Bereiche umfassen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die u. a. im Koalitionsvertrag angekündigten Strukturreformen und Maßnahmen für mehr Freiheit und weniger Bürokratie im Sinne Bayerns zu begleiten. Hierzu zählen im Besonderen:

- Innovationsfreiheitsgesetz: Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland verbringen einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit dem Formulieren von Anträgen für Drittmittel und können sich in dieser Zeit gerade nicht ihren eigentlichen Aufgaben widmen. Hier müssen Bund und Länder gemeinsam mit den großen Forschungsorganisationen einen Paradigmenwechsel einleiten. Das Ziel muss sein: Mehr Freiraum für exzellente Forschung und schnellere Förderentscheidungen. Eine Entbürokratisierung auf diesem Feld könnte der Wissenschaft in Deutschland neuen Schwung verleihen. Die Masse an Vorschriften, die im Laufe der Jahre auch für Forschung und Wissenschaft angewachsen ist (z. B. Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflichten), ist auf ein Mindestmaß zurückzufahren. Auch Projektmittel müssen künftig flexibler bewirtschaftet werden können. Darüber hinaus sind Bereichsausnahmen für Forschung zu beschließen, unter anderem im Umsatzsteuergesetz und Vergaberecht, um mehr Freiheit für Forschung zu ermöglichen.
- Forschungsdatengesetz: Große Datenmengen sind Voraussetzung zentraler neuer Erkenntnisse in zahlreichen Forschungsfeldern. Gerade in der Coronapandemie musste Deutschland erleben, dass andere europäische Länder bei epidemiologischen Studien Vorreiter waren, weil sie besseren Zugang zu Patientendaten besaßen. Es gibt mittlerweile gute Möglichkeiten, persönliche Daten zu anonymisieren. Die Datennutzung gemäß Bundesdatenschutzgesetz ist zu vereinfachen und ein Forschungsdatengesetz ist zu erarbeiten. Denn Daten sind der Treibstoff für Fortschritt.
- Forschungsinfrastruktur: In Deutschland besteht bei den Hochschul- und Forschungsbauten ein erheblicher Sanierungsbedarf, auch wegen des Alters der Gebäude. Die Schnellbauinitiativen für Hochschulen, Unterstützungen für Unikliniken und Forschungsbauten sollen daher in den nächsten Haushalten des Bundes gebührend abgebildet werden. Beim Sondervermögen für die Infrastruktur sind besonders auch die deutschen Hochschulen, Universitätskliniken sowie Forschungsinfrastrukturen mitzudenken. Damit die Mittel schnell und effizient in die Infrastrukturmaßnahmen fließen können, sind das Bauplanungs- und Umweltrecht radikal zu entschlacken. Denn schnelles Bauen ist gerade im weltweiten Wettbewerb von Forschung und Technologie ein wichtiger Standortfaktor und spart zudem Ressourcen und Steuergeld. Um international nicht ins Hintertreffen zu geraten, sollte Forschung zudem auch steuerlich stärker gefördert werden: Mit einem Forschungsprivileg im Steuerrecht, über das Zuwendungen an Wissenschaft und Forschung steuerlich begünstigt werden, könnten neue Mittel für Forschung und Innovation erschlossen werden. Nur mit bester Forschungsinfrastruktur gewinnen wir den weltweiten Wettlauf um Technologie und Innovation.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Verena Osgyan

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Markus Blume

Abg. Johannes Becher

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Mehr Freiheit und weniger Bürokratie für Wissenschaft, Forschung und Technologie! (Drs. 19/8827)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion das Wort. Herr Kollege, bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Weniger Bürokratie, mehr Gestaltungsfreiräume in Wissenschaft, Forschung und Technologie – das sind die klaren Forderungen unseres heutigen Antrags. Wenn wir die Debatte, die wir jetzt über mehrere Stunden geführt haben, daneben stellen, handelt es sich schon um einen gewissen Bruch. Kolleginnen und Kollegen, am Ende geht es aber um das Gleiche. Als Parlamentarier, als Hohes Haus, ist es unsere Grundaufgabe, dafür zu sorgen, dass diejenigen, die heute geboren werden, diejenigen, die vielleicht in den nächsten Jahren geboren werden, und diejenigen, die in den letzten Jahrzehnten geboren wurden, möglichst die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten haben wie die Generationen zuvor. Deshalb ist die frühkindliche Bildung und die Betreuung wichtig; aber deshalb ist es auch wichtig, dass wir die Innovationskraft unseres Landes erhalten, dass wir die Stärke unserer Universitäten, unserer Hochschulen für angewandte Wissenschaften, unserer Ausbildungsbetriebe und Forschungseinrichtungen erhalten. Das sind die Räume, in denen wir den künftigen Generationen die Möglichkeiten geben, ihre Talente wie in vielen anderen Berufen zu entfalten.

Wer meint, dass wir auf Kosten der Strukturen der Zukunft heute irgendetwas verschieben können, der irrt. Es ist wichtig, dass unsere Kinder und – wer das Glück hat, Enkel zu haben – dass unsere Enkel sich in unserem Land entsprechend ihrer Talente entwickeln können, egal in welche Richtung. Sie müssen ihre Fähigkeiten entwickeln können. Unsere Generation hatte großartige Möglichkeiten, in Bayern und in Deutschland sich zu enthalten.

Das ist die Aufgabe, die wir haben, sowohl was die frühkindliche Bildung angeht als auch die Bildung in den Schulen, Frau Ministerin; aber diese Aufgabe betrifft eben auch die Frage, was für eine Industriestruktur, was für eine Forschungs- und Innovationsstruktur wir haben. Eines ist doch klar, Kolleginnen und Kollegen: Die Situation, in der sich unser Land heute befindet, ist keine einfache Situation. Wir stehen unter einem erheblichen Druck.

Wir haben eine Macht, nämlich Russland, die sich imperialistisch bemüht, die Vorherrschaft in Europa an sich zu reißen und Freiheit beiseite zu schieben. Wir haben eine Entwicklung in Amerika, die den Protektionismus vorantreibt, und eine Entwicklung in China, die diesen in anderer Weise ebenfalls befördert. Unser Land ist darauf angewiesen, dass wir in die Welt hinein exportieren können, dass wir gute Beziehungen haben. Dafür haben wir keine Rohstoffe. Der einzige Rohstoff, der uns bleibt, ist die Innovationskraft und die Ideenkraft unserer Forscherinnen und Forscher.

Deshalb ist das Ziel unseres Antrags weniger Bürokratie und mehr Gestaltungsräume für Wissenschaft, Forschung und Technologie. Die Kernforderung lautet, uns dieser Zukunftsthematik zuzuwenden.

Die Forscherinnen und Forscher in Bayern und im Übrigen auch in ganz Deutschland brauchen international konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, damit sie eine neue Innovationsdynamik entfalten können. Nie waren Forschung und Technologie so wichtig wie heute, ob es sich jetzt um die hybride Bedrohungslage, den Klimawandel, die Herausforderungen der Wirtschaft oder den durch die Digitalisierung und die KI

steigenden Energiebedarf handelt. Den aktuellen Herausforderungen werden Bayern, Deutschland und Europa nur durch die Kreativität, durch den Erfindergeist, durch die Kompetenz seiner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, seiner Forscher, seiner Tüftler, seiner kompetenten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begegnen können. Wir müssen die Unternehmen, wir müssen die Universitäten, wir müssen die Forschungseinrichtungen bei diesem Tun unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen, seit 2019 hat Bayern mit seiner 5,5 Milliarden Euro umfassenden Hightech Agenda vorgemacht, wie man Forschung und Innovation in den Mittelpunkt politischen Handelns stellt. Dies geschah nicht zum Selbstzweck, nicht um auf dem Markt bestehen zu können, sondern aus der Verantwortung heraus, dass wir Zukunft schaffen in einer Zeit, in der bewährte Strukturen immer mehr unter Druck geraten, und in der wir wieder einen Strukturwandel erleben müssen.

Kolleginnen und Kollegen, die Erfolge in Bayern sind greifbar. Große internationale Forschungs-, Technologie- und KI-Unternehmen haben sich zwischenzeitlich in Bayern angesiedelt, haben ihre europäischen Standorte hier eröffnet. In Bayern werden derzeit Milliardeninvestitionen auf den Weg gebracht. Das sind Investitionen, die diese Unternehmen natürlich vornehmen, um selber davon zu profitieren; aber wir profitieren auch davon. Es profitieren junge Leute in Bayern davon, die in diesen Unternehmen eine Perspektive bekommen, ob es in der Zukunft beim neuen Standort von Google sein wird, ob es bei Microsoft in München oder an einem der vielen kleinen Standorte in ganz Bayern sein wird. In meiner Heimatstadt Aschaffenburg kenne ich zwei mittelständische Unternehmen, die im digitalen Bereich als Hidden Champions unterwegs sind. Es gibt noch viele andere an vielen Orten im Freistaat.

Wir müssen dranbleiben, die Zukunftsstruktur unseres Landes zu gestalten und weiterzubringen. Kolleginnen und Kollegen, diesbezüglich lernt die Bundesrepublik Deutschland wieder einmal von Bayern. Die neue Bundesregierung folgt angesichts der schwierigen Situation einer jetzt ins dritte Jahr gehenden und hauptsächlich von der Ampel-Regierung verursachten Rezession dem bayerischen Vorbild. Damit diese

Bundesagenda und auch die Hightech Agenda Bayern noch besser wirken können, müssen Bund und Länder gemeinsam mit den großen Forschungsorganisationen aber auch einen Paradigmenwechsel einleiten.

Ich komme aus dem Bereich der Wissenschaft. Ich habe noch viele Kontakte in diesem Bereich. Ein Hauptthema, das die Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten, aber auch an Forschungseinrichtungen immer wieder transportieren – Herr Piazzolo und die vielen Kollegen im Ausschuss werden die gleiche Erfahrung haben –, ist die Bürokratie in der Wissenschaft. Es ist Tatsache, dass oftmals mehr Zeit in Antragsbegründungen, in Abrechnungen und in bürokratische Vorgänge gesteckt werden muss, als für die eigentliche Leidenschaft für den jeweiligen Bereich der Wissenschaft eingesetzt werden kann.

Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflichten haben sich über die Jahre auch in Forschung und Wissenschaft in einer Weise vermehrt, dass wir sie jetzt zurückführen müssen, und zwar nicht als Selbstzweck, sondern damit die Projekt- und die Forschungsmittel, die seitens privater Geldgeber, aber auch seitens des Staats und öffentlicher Geldgeber wie der Europäischen Union gegeben werden, ihr Ziel erreichen, und zwar nicht nur zum Teil, sondern möglichst zu einem großen Teil, vielleicht in der Gesamtheit, damit Innovation wirklich nach vorne getragen wird.

Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es wichtig, dass die Entbürokratisierung gerade im Bereich der Forschung stattfindet und dass Deutschland in diesem Bereich strukturell wieder konkurrenzfähiger wird. Wir brauchen eine Entbürokratisierungsoffensive gerade in diesem zentralen Zukunftsbereich der Forschung und der Wissenschaft, und zwar auf Bundes- und auf Landesebene.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im letzten Ausschuss haben wir kurz andiskutiert, dass die aktuellen europäischen Regelungsansätze, wie wir sehen konnten, noch sehr diffus sind. Dazu ist zu sagen, wir begrüßen alles, was zu einer echten Stärkung der Forschung in Bayern, Deutsch-

land und Europa führt; aber wir lehnen auch entschieden alles ab, was zu weiterer Bürokratie für unsere Forschungseinrichtungen, Universitäten und innovativen Unternehmen führt; denn davon haben wir schon genug. Wir müssen darauf achten, dass die Europäische Union in diesem Bereich in der richtigen Richtung unterwegs ist. Ich sage an der Stelle schon: Wir werden genau auf die Kompetenzgrenzen achten, die die Union hier zu achten hat; denn zusätzliche Bürokratie können wir gerade in der jetzigen Zeit nicht brauchen.

Kolleginnen und Kollegen, auf Bundes- und Landesebene treten wir entschieden für gemeinsame Verbesserungen unserer Strukturen ein. Wir brauchen beispielsweise ein Forschungsdatengesetz für den einfacheren Zugang zu anonymisierten Daten und vereinfachte Datenschutzregeln für die Wissenschaft. Diese sind dringend erforderlich, wenn wir international mithalten wollen. Große Datenmengen sind für viele andere Bereiche der Welt Voraussetzung für neue Erkenntnisse in zahlreichen Forschungsfeldern. Diese großen Datenmengen müssen wir auch unseren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern leichter zugänglich machen. Gerade in der Corona-Pandemie mussten wir in Deutschland erleben, dass andere europäische Länder bei epidemiologischen Studien Vorreiter waren, weil sie einen besseren Zugang zu Patientendaten besaßen. Mittlerweile gibt es gute Möglichkeiten, persönliche Daten so zu anonymisieren, dass sie nicht zurückverfolgt werden können. Die Datennutzung gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz ist zu vereinfachen, damit die Forschungsansätze schneller umgesetzt werden können; denn Daten, Kolleginnen und Kollegen, sind in der digitalen Zeit ein wichtiger Treibstoff für unsere Forschung.

Was die Forschungsinfrastruktur angeht, ist festzustellen: In Deutschland besteht bei den Hochschulen und Forschungsbauten ein erheblicher Sanierungsbedarf, auch wegen dem Alter der Gebäude. Die Schnellbauinitiativen für Hochschulen sowie Unterstützungen für Unikliniken und Forschungsbauten sollten daher auch in den nächsten Haushalten des Bundes gebührend abgebildet werden. Beim Sondervermögen für die Infrastruktur sind insbesondere die deutschen Hochschulen, Universitätsklinika

und Forschungsinstitutionen mitzudenken; denn diese Mittel sichern auch unsere Zukunftsstrukturen.

Forschung muss in Deutschland endlich Freiheit und Pragmatismus erleben. Deshalb brauchen wir ein Forschungsprivileg auch im Steuerrecht, über das Zuwendungen an Wissenschaft und Forschung steuerlich begünstigt werden.

Wir müssen private Mittel für Forschung besser erschließen, als dies heute der Fall ist.

Wir fordern auch ein Innovationsfreiheitsgesetz, das Antrags- und Berichtspflichten in einem Gesamtansatz spürbar reduziert; denn die Wissenschaftler leiden unter der Bürokratie und werden dadurch in ihrer wissenschaftlichen Arbeit gehemmt.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen zusätzlich zu dem richtigen und wirksamen Ansatz der Hightech Agenda in Bayern und zusätzlich zum Ansatz im Bund die Strukturen in den Blick nehmen, damit Bayern Spitzenstandort für Wissenschaft und Technologie bleibt und Deutschland im globalen Kontext seinen Spitzenplatz behält. – Vielen Dank, dass Sie mir so geduldig zugehört haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Kollege Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Der Antrag enthält eine ganze Reihe von Forderungen, die jedoch leider wenig konkret sind. Im Antragstext werden einige wichtige Forschungsfelder der Zukunft wie zum Beispiel Raumfahrt, Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie und Kernfusion aufgezeigt. So weit, so gut. Dass jedoch sogenannte klimaneutrale Energie und Mobilität in diese Liste der Schlüsseltechnologien eingereiht werden, zeigt nicht, wie es im Antragstext heißt, dass die Bundesregierung die Zeichen der Zeit

erkannt hat, sondern dass sie weiterhin die Lüge vom angeblich menschengemachten Klimawandel propagiert. Das ist genau das Gegenteil von wissenschaftlicher Exzellenz, das ist systematische Volksverdummung.

Aber kommen wir zu den Forderungen des Antrags. Darin wird ziemlich pauschal und ohne konkrete Vorschläge die Entbürokratisierung in der Wissenschaft und Forschung gefordert. Es wird zum Beispiel völlig zu Recht beklagt, dass Forscher einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit dem Ausfüllen von Anträgen für Drittmittel verwenden – Zeit, in der sie sich nicht ihren eigentlichen Aufgaben widmen können. 2024 waren an bayerischen Hochschulen 126.000 Personen beschäftigt, davon etwas weniger als die Hälfte im wissenschaftlichen Bereich und etwas mehr als die Hälfte in der Verwaltung. Trotz der Größe des sprichwörtlichen Wasserkopfes hört man immer wieder bizarre Anekdoten über bürokratische Exzesse. Wie zum Beispiel Herr Kollege Brannekämper gestern im Ausschuss zu erzählen wusste, mussten Dozenten teilweise deutlich länger als ein Jahr warten, bis ihnen Reisekosten für Dienstreisen erstattet wurden.

Sinnvolle Maßnahmen zum Bürokratieabbau wären zum Beispiel die Aufhebung der gesetzlichen Verpflichtung zur Bestellung von Beauftragten wie beispielsweise des Gleichstellungsbeauftragten, die Streichung überflüssiger interner Regelungen zu Quoten, Diversität, sogenannter Antidiskriminierung und sogenannter Nachhaltigkeit oder die Standardisierung und Digitalisierung von Drittmittelprozessen. All dies sind sinnvolle und konkrete Vorschläge, die man im vorliegenden Antrag leider nicht findet.

Es lohnt sich auch einmal ein Blick auf die privaten Hochschulen. Hier gelangt sogar eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu dem Ergebnis, dass diese mit deutlich weniger Personal in der Verwaltung auskommen als öffentliche Hochschulen.

Des Weiteren geht es im Antrag um die vereinfachte Nutzung von Daten für die Forschung. Hier wird auf die sogenannte Corona-Pandemie verwiesen, während der andere europäische Länder angeblich einen Vorteil gehabt hätten, da sie einfacher auf Patientendaten zugreifen konnten. Dass hier ausgerechnet auf das dunkelste Kapitel

der Geschichte der Bundesrepublik verwiesen wird, zeigt, dass die Antragsteller nichts Gutes im Schilde führen. Gerade die Corona-Diktatur sollte uns eine Lehre sein, dass die Grundrechte der Bürger besser vor der Regierung und selbsternannten Wissenschaftlern geschützt werden müssen. Das gilt auch für hochsensible Patientendaten.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wenn Sie wissen wollen, was eine Diktatur ist, schauen Sie nach Russland und erzählen Sie hier keinen Scheiß!)

– Ja, gleich. Sie sind nicht dran. – Der Hinweis, dass es ja möglich sei, diese sensiblen Daten zu anonymisieren, ist an Dummdreistigkeit nicht zu überbieten. Von Datenleaks und anderen Pannen hört und liest man jeden Tag. Wer glaubt, dass diese Daten anonym bleiben, glaubt auch an den Weihnachtsmann oder an den menschengemachten Klimawandel, wobei mir der Weihnachtsmann immerhin noch sympathisch ist. Das gilt für das Schauermärchen vom menschengemachten Klimawandel definitiv nicht und genauso wenig für den Gedanken, dass bei der nächsten angeblichen Pandemie Patientendaten mehr oder weniger frei zugänglich sind.

Im nächsten Punkt geht es um die Forschungsinfrastruktur und den Sanierungsbedarf von Hochschulgebäuden und Forschungsbauten. Hier wird mehr Geld aus der Merz'schen Schuldenorgie, auch als Sondervermögen bezeichnet, gefordert. Bezüglich des beklagenswerten Zustandes vieler Gebäude haben Sie sicherlich nicht Unrecht. Doch wie wäre es, statt mehr Geld zu fordern, mit einer Senkung der Baukosten? Auch das hat die CSU in Bund und Freistaat in der Hand, sei es die überbordende Bürokratie im Bausektor, seien es die hohen Energiekosten usw. usf. Ich erzähle Ihnen hier nichts Neues.

Energiekosten sind übrigens ein gutes Stichwort. Raumfahrt, Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie – all diese Technologien haben eines gemeinsam: Sie brauchen Unmengen an Energie. Zumindest sind die Energiekosten eines der wenigen Felder, in denen Deutschland zur Weltspitze gehört. Moderate Studien gehen davon aus, dass sich der Strombedarf für KI-Rechenzentren bis 2030 weltweit um 128 % erhöhen

wird. Hier für günstige Energie zu sorgen, gehört auch dazu, wenn Sie ideale Bedingungen für die Forschung schaffen wollen. Auch das hätte die Bundesregierung mit Beteiligung der CSU in der Hand, aber dazu finden wir im Antrag ebenfalls nichts. Stattdessen gibt es viel Selbstbeweihräucherung, wenig konkrete Vorschläge, und dort, wo es konkret wird, ist es dann zum Teil auch noch brandgefährlich.

Wir lehnen den Antrag ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Ich glaube, Herr Kollege Bausback hatte noch eine Frage. Oder wollten Sie nur dazwischenblöken?

(Michael Hofmann (CSU): Sicher nicht! Das ist sinnlos!)

Okay.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist unsere Kollegin Verena Osgyan für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir vorhin eine harte Debatte über ein wichtiges Landesthema hatten, nämlich die Abschaffung des Kinderstartgeldes, haben wir jetzt den Punkt "Begrüßungsanträge an die Bundesregierung". Das ist ein Stück weit wohlfeil und beweist vor allem Gratismut. Aber Spaß beiseite, ich begrüße es grundsätzlich auch, wenn wichtige Initiativen des Bundes für Forschung, Technologie und Innovation kommen. Wir müssen feststellen, im Moment ist dieser Antrag vor allem mit Vorschusslorbeeren gespickt. Wir wissen noch nicht, wie genau ob die Hightech Agenda des Bundes kommen wird.

Nichtsdestoweniger adressiert der Antrag einige wichtige Punkte, die ich hier auch noch einmal nennen möchte. Zum Beispiel muss das Forschungsdatengesetz kommen. Es ist schon unter der letzten Regierung vorbereitet gewesen. Ich hoffe, dass

es zügig eingebracht wird. Ein Programm, um den gigantischen Sanierungsstau an Hochschulen abzubauen, ist überfällig. Die Hochschule Bayern e. V. und die Universität Bayern e. V. haben vor der Landtagswahl in entsprechenden Papieren Zahlen genannt. Darin war von 15 Milliarden Euro in Bayern die Rede. Herr Bausback, ich begrüße es auch sehr, dass Sie genannt haben, dass der Sanierungsstau in Bayern existiert und abgebaut werden muss. Diese Erkenntnis müssen wir alle tragen und überlegen, was wir für Konsequenzen daraus ziehen müssen.

Wenn ich allerdings die Begründungen zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag lese, könnte man glauben, wir leben hier in Bayern bereits im wissenschaftlichen Paradies.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Tun wir ja auch in gemeinsamer Weise!)

Die Realität sieht einfach anders aus. Die Kehrseite der viel gelobten Hightech Agenda, deren Verdienste ich gar nicht schmälern will – im Bereich KI wurde Gutes getan –, sind Kürzungen an Hochschulen, eingezogene Restmittel und Gebäude, in die es sturzbachartig hereinregnet. In manchen Hörsälen, in denen der Betrieb eingestellt wird, versuchen Studierende noch mit Eimern das Wasser aufzufangen, um das Schlimmste abzuhalten. Wenn Dozierende um ihre Lehraufträge bangen müssen, weil die Gelder knapp sind, sieht es in Bayern anders aus als in Ihrer Begründung dargestellt. Stattdessen werden munter neue Leuchtturmprojekte angekündigt. Ich bin sehr gespannt, was in den nächsten Wochen noch zum Haushalt eingebracht wird. Man muss sich ehrlich machen: Die Schere geht immer weiter auseinander.

Damit sind wir am entscheidenden Punkt angekommen. Wissenschaft und Forschung brauchen Investitionen auf Bundes- wie auf Landesebene. Ja, wir brauchen auch Freiraum zum Forschen, schnellere Verfahren und digitale Infrastrukturen. Da bin ich völlig bei Ihnen. Ich muss sagen, einem Teil der Rede habe ich wirklich gerne zugehört. Aber es wirkt für mich dann doch etwas absurd, wenn gerade die CSU nun den radikalen Bürokratieabbau fordert, den sie ein Stück weit mitaufgebaut hat. Viele der Probleme, unter denen Hochschulen und Forschende leiden, sind hausgemacht.

Ich möchte jetzt schildern, was es in Bayern braucht, um dem zu begegnen:

Erstens. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu Lehre und Verwaltung. Sie sprechen von Innovation und Technologie, aber verlieren kein Wort über die Bereiche, ohne die die Wissenschaft im Alltag nicht funktioniert. Gute Lehre braucht nun einmal Zeit, Ausstattung und verlässliche Strukturen. Eine funktionierende Verwaltung ist die Grundlage für Entbürokratisierung; denn nur dann können Verfahren auch gut durchgeführt werden. Wer hier spart, spart an der Substanz. Das muss einfach gesagt werden; denn der Begriff Entbürokratisierung klingt oft so, als würden Menschen faul herumhocken und nichts machen. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere Verwaltung muss uns etwas wert sein.

Zweitens. Wir brauchen eine echte Sanierungsoffensive. Gesperrte Hörsäle, marode Labore und eine zusammenbrechende Infrastruktur prägen das Bild vieler Hochschulen. Gerade in den letzten Wochen war auch einiges dazu in der Presse zu lesen. Ich zeige Ihnen gerne einige besonders krasse Beispiele. In Erlangen gibt es beispielsweise Stalagmiten und Stalaktiten in einer Tiefgarage. Das ist sehr schön anzusehen, aber hat mehr mit Geologie zu tun, und wir möchten das eigentlich nicht in unseren Gebäuden haben. Herr Staatsminister, vonseiten der Staatsregierung kam zu diesem Punkt nur Schweigen. Im vorliegenden Dringlichkeitsantrag wird nun der Ruf nach radikaler Entschlackung des Umweltrechts laut. Das ist nicht mutig, sondern ein dreistes, fahrlässiges Ablenkungsmanöver; denn am Sanierungsstau ist ganz bestimmt nicht das Umweltrecht schuld, sondern der jahrzehntelange Investitionsstau, mit Blick darauf, dass Bayern beim allermindesten Bauunterhalt der Hochschulen über Jahrzehnte hinweg gespart hat. Das kann einfach nicht sein; denn ein Merkmal nachhaltiger Wissenschaftspolitik ist, wie sie mit dem Bestand umgeht. Hier wurde viel zu lang weggeschaut.

Drittens. Wir brauchen mehr Grundfinanzierung. Wenn Forschende immer mehr Zeit mit Anträgen verbringen, liegt das auch daran, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen nicht mehr ausreicht. Ich finde es gut, wenn der Zugang zu Drittmitteln erleich-

tert wird, keine Frage. Aber machen wir uns nichts vor. Forschungsgelder werden beispielsweise durch die DFG oder andere Mittel gebende Stellen aus gutem Grund wettbewerblich vergeben. Dafür wird es auch weiterhin Anträge geben müssen, um eine sinnvolle Bewertung treffen zu können. Das ist doch klar. Echte Forschungsfreiheit entsteht durch Planungssicherheit. Dafür braucht es eine verlässliche staatliche Finanzierung. Wer hier nur auf den Bund schaut, macht es sich zu leicht. Die Verantwortung liegt auch in Bayern.

Was mir ebenfalls fehlt, ist die Investition in Köpfe. Um die besten Talente zu halten, brauchen wir faire Bedingungen für den sogenannten wissenschaftlichen Nachwuchs, der oftmals längst kein Nachwuchs mehr ist. Im Koalitionsvertrag des Bundes wurde jetzt eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes angekündigt. Das finde ich gut. Das müssen wir auch von Bayern aus fordern und begleiten, damit etwas passiert. Das Einzige, was ich hinsichtlich des BAföG gehört habe, ist eine Namensänderung.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Der Dringlichkeitsantrag benennt wichtige Themen, aber schiebt die Verantwortung einseitig auf den Bund und zeigt dadurch eine falsche Prioritätensetzung. Er spricht von Freiheit für die Forschung, ignoriert aber die strukturellen Probleme, für die der Freistaat selbst verantwortlich ist. Ich kann in diesem Zusammenhang bloß wiederholen: Wissenschaftspolitik darf kein Schaulaufen mit Superlativen sein; sie muss die alltäglichen Probleme lösen, in der Lehre, im Bauunterhalt und in der Finanzierung. Ich bin sehr gespannt, ob im nächsten Haushaltsplan diesbezüglich auch wirklich ein großer Sprung sichtbar ist, nicht nur für die Prestigeprojekte, sondern auch für die genannten Punkte. Die Chance gebe ich gern. Wir sind sehr gespannt.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Bei diesem Dringlichkeitsantrag werden wir uns daher der Stimme enthalten. Ja zur besseren Forschungsförderung, aber nicht ohne die Lehre. Ja zu effizienteren Verfah-

ren, aber nicht auf Kosten von Standards. Ja zu einer Hightech Agenda auf Bundesebene, aber bitte mit einer ehrlichen Bilanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Osgyan. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wer sich die Mühe macht, sich mit wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Universitäten und Hochschulen sowie mit Professorinnen und Professoren zu unterhalten und mit ihnen über Bürokratien in der Wissenschaft spricht, wird einer konkreten Entbürokratisierungsoffensive jubelnd entgegensehen. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die Staatsregierung, insbesondere die CSU, endlich den Wust von bürokratischen Pflichten angehen will, den sie über Jahre hinweg auf Landes- und auch auf Bundesebene selbst mitaufgebaut hat; denn bitte vergessen wir nicht: Auf Bundesebene wurde das Bundesforschungsministerium von 2005 bis 2021 von der Union geführt. Dieses Ministerium hat maßgeblich zur Überregulierung des Wissenschaftsbetriebes beigetragen.

Doch ich will jetzt nicht zu viel Zeit damit verschwenden, darüber zu schimpfen, welche Verfehlungen in der Vergangenheit gemacht worden sind. Liebe Kolleg:innen, entscheidend ist doch, dass wir jetzt einen produktiven Diskurs führen. Dazu möchte ich einige konkrete Anmerkungen zu den im Dringlichkeitsantrag genannten Vorhaben machen:

Erstens. Eine Entschlackung bürokratischer Prozesse auf Forschungsebene ist dringend nötig. Forscherinnen und Forscher müssen spürbar entlastet werden. Betrachtet man den Umfang von Nachweis-, Dokumentations-, Rechenschafts- und sogar Rechtfertigungspflichten, die die Wissenschaft allein durch die Bayerische Haushaltsordnung und das Bayerische Hochschulinnovationsgesetz hat, stellt sich die grundsätzliche Frage: Reicht eine Reduktion auf das notwendige Minimum aus, oder braucht es

einen echten Paradigmenwechsel bei den Nachweispflichten? Für uns gilt wie immer die Maxime: Ja zu Bürokratieabbau, aber immer mit Augenmaß. Ja, wir brauchen mehr Vertrauen, dass Forschungsgelder und Drittmittel zielführend verwendet werden. Aber nicht jede Berichtspflicht und nicht jede Dokumentationspflicht ist Ausdruck von Misstrauen.

Zweitens. Der Bürokratiestau lässt sich nicht durch das Drehen einzelner Stellschrauben von oben lösen. Das zeigt auch unsere Arbeit in der Enquete-Kommission. Viele Probleme bestehen fort, weil die Durchführungsebene, sprich die Verwaltung, eigene Abhängigkeiten entwickelt hat. Die Komplexität entsteht durch das Zusammenspiel zwischen der Gesetzgebung, dem Ministerium und der Hochschulverwaltung. Gerade in den Hochschulverwaltungen führt eine von oben kommunizierte Misstrauenskultur häufig dazu, dass Prozesse maximal eng ausgelegt werden, um persönliche sowie institutionelle Sanktionen zu vermeiden. So entstehen zusätzliche, selbst auferlegte Dokumentations- und Prüfprozesse, die gesetzlich eigentlich gar nicht vorgesehen sind, um sich selbst abzusichern. Hier müssen wir ansetzen, womit das Wissenschaftsministerium morgen beginnen könnte.

Drittens. Es geht nicht nur um den Abbau forschungsbezogener Bürokratie. Es geht nicht nur um Antragsverfahren und drittmittelprojektbezogene Dokumentationen. Es geht vor allem um die vermeintlich einfachen Aspekte wie eine Reisekostenabrechnung, die mit detaillierten Nachweispflichten überreguliert sind. Das belastet die Verwaltung und damit auch die Forschenden; denn Ausdruck von Forschung und Lehre ist das Networking auf internationaler und nationaler Ebene durch Forschungsreisen und Teilnahme an Tagungen. Es kann nicht sein, dass die Abrechnungen ewig lang dauern. Hier müssen wir eine echte Verwaltungsreform ansetzen, um auch die allgemeinen Verwaltungspflichten ins Visier zu nehmen.

Viertens. Das führt mich zum dicken Brett der Hochschulautonomie. Ich begrüße ausdrücklich das Vorhaben der Staatsregierung, die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Forschung und Politik für einen Paradigmenwechsel an

einen Tisch zu setzen. Aber vergessen Sie bitte nicht die Verwaltungsebene. Auch diese muss an den Tisch kommen, um den Gordischen Knoten endlich zu lösen; denn es geht nicht nur um wünschenswerte Ideale, sondern um die Arbeitsebene, sprich die Verwaltung, die sich selbst noch einmal hindert, indem sie eigene Prüfmechanismen einführt. Nötig sind unserer Auffassung nach langfristige systematische Evaluationen durch das Wissenschaftsministerium, um den jeweiligen Verwaltungen darauf aufbauend konkrete Zielvereinbarungen zum individuellen Abbau dieser überflüssigen Lasten zu ermöglichen; denn wir alle wissen: Die Hochschulverwaltungen sind nicht homogen, sie sind sehr heterogen. Jede Verwaltung hat ihre eigenen Abläufe, und es ist nach unserer Auffassung Aufgabe des Wissenschaftsministeriums, den Prozess zu begleiten.

Gestatten Sie mir abschließend noch einen Satz zu Ihrem letzten Punkt in dem Antrag: der Sanierungsstau an Bayerns Hochschulen und Universitäten. Die Kollegin hat es schon gesagt: Es ist an Dramatik nicht mehr zu überbieten, in welchem baulichen Zustand viele Hochschul- und Universitätsgebäude sind. Jetzt aber das Problem der Finanzierung auf den Bund zu verlagern, es nämlich auf das Sondervermögen auszulagern, ist sehr dünn, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn wir alle wissen: Das Sondervermögen des Bundes ist endlich, und das bereitgestellte Geld wird niemals ausreichen, um die Misere, die in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde, abzubauen.

Sehr geehrte Staatsregierung, sehr geehrter Herr Blume, schieben Sie die Verantwortung nicht nach Berlin. Bayern braucht jetzt einen eigenen verbindlichen Notfall- und Investitionsplan zur Grundsanie rung und Grundfinanzierung der Universitäten.

(Beifall bei der SPD)

Nichtsdestoweniger: Weil viele gute Ansätze in diesem Antrag stehen, stimmen wir ihm zu, werden aber, auch in den Haushaltsberatungen, ganz genau hinschauen, was

genau davon umgesetzt wird, und werden den Sachverhalt da gegebenenfalls auch noch einmal mit eigenen Anträgen weiter befördern.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Weitzel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Michael Piazolo für die FREIEN WÄHLER.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über Jahrhunderte hieß es immer: Deutschland ist das Land der Dichter und Denker.

(Robert Brannekämper (CSU): Heute ist es das Land der Antragschreiber!)

Nun ist es so: Wenn ich den heutigen Tag Revue passieren lasse, habe ich den Eindruck, dass die Dichter inzwischen mehr ins Parlament strömen und das zum Anlass nehmen, hier die Dichtkunst – ich schaue in keine Richtung – verkommen zu lassen.

Die Denker haben wir besonders im Blick. Wenn wir uns hier – Kollege Bausback hat das getan – mit anderen Nationen vergleichen, ist gerade der Bereich des Denkens an den Hochschulen, in der Wissenschaft, einer, der uns in Deutschland immer wichtig war und der uns voranbringen kann. Deshalb ist dieser Antrag wichtig. Vieles, was in dem Antrag steht – und wir teilen ihn –, ist genau richtig.

Ich fahre herum und kenne die Hochschullandschaft in Bayern ein wenig. Deshalb erstaunt es mich dann doch, welches Bild die Opposition da zeichnet. Schauen wir uns doch einmal den Haushalt an: Wie viel Geld wurde in den letzten Jahren in die Hightech Agenda Bayern gegeben? – Nennen Sie mir ein einziges anderes Bundesland, das das gemacht hat.

Ähnlich ist es übrigens auch beim Bau. Natürlich gibt es da Defizite und einen Stau dessen, was man bauen muss. Aber sprechen Sie mit Studierenden, die in mehreren

Bundesländern waren. Ich war zum Beispiel in Berlin als Professor tätig, und ich war in München als Professor tätig. Ich sage Ihnen: Wenn man die Bauten vergleicht, erkennt man, es gibt da deutliche Unterschiede. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass es in Berlin mehr bröckelt als in Bayern. Das gilt übrigens nicht nur für die Hochschulen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dennoch: Das heißt nicht, dass man sich in Bayern ausruhen kann. Der Ministerpräsident hat in seiner Pressekonferenz gesagt: Im Hochschulbereich und bei der Hightech Agenda Bayern wird nicht gespart. – Das waren seine Worte, und diese Worte umfassen natürlich auch – wir waren bei den Denkern – die Denker der FREIEN WÄHLER. So interpretiere ich auch die Daten des Haushalts. Er spricht natürlich das aus, was die gesamte Koalition beschlossen hat, und da gehören die FREIEN WÄHLER mit dazu, sie haben das mitunterschrieben und gesagt: Ja, wir wollen weiter in die Forschung investieren. – Ein Ausdruck dieses Geldes und dieser Einstellung ist, dass, wenn ich es richtig weiß, Bayern das einzige Bundesland ist, das im Moment eine neue Universität errichtet, mit all den Anstrengungen, die es gibt: inhaltlicher Art, neue Professoren, neue Themen, einen Standort zu entwickeln. Ja, das ist Mut, in Forschung zu investieren und zu sagen: Wir gründen eine neue Universität. All das zeigt, dass Bayern in der Hochschullandschaft in Deutschland an der Spitze steht – wie es auch in diesem Antrag festgelegt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nichtsdestoweniger gibt es Einiges zu tun. Was braucht der Forscher? – Er braucht Geld – darüber habe ich gerade geredet –, er braucht Stellen, er braucht Zeit. Er braucht keine überbordende Bürokratie. Da ist zu viel entstanden. Ich denke ein paar Jahrzehnte zurück: Da gab es viele Forscher, die ihre Zeit dazu genutzt haben, zu denken und dann vielleicht etwas aufzuschreiben, und heute schreibt man sehr viele Anträge. Ich glaube, wir sind da den falschen Weg gegangen. Früher war natürlich

viel Geld schon alleine in dem Haushalt, auch im Landeshaushalt, vorhanden. Heute haben wir sehr viele Programme, nicht nur in Bayern, sondern insbesondere im Bund, angefangen von den gesamten Eliteprogrammen bis hin zu den Exzellenzhochschulen und vieles mehr, und dann natürlich auch auf der europäischen Ebene. Alle haben unterschiedliche Voraussetzungen, und das ist natürlich enorm aufwendig.

Ein letzter Punkt betrifft die Bürokratie: Ja, natürlich ist es bitter – und der Kollege hat es gestern auch im Ausschuss angesprochen –, wenn man lange Reiseanträge ausfüllen muss; aber lasst uns doch darüber nachdenken, was vor kurzer Zeit durch die Medien ging, als es mit den Reisekostenanträgen an einer Universität nicht ganz so toll lief. Was haben die gesamten Medien, durchaus auch zu Recht, nach Kontrolle geschrien? Auch die Opposition hat das übrigens getan. Wir müssen uns schon einmal vergegenwärtigen: Nicht jede Bürokratie kommt einfach vom Himmel zurück,

(Robert Brannekämper (CSU): Maß und Mitte!)

sondern es gibt natürlich auch Anlässe dafür.

Deshalb gilt es immer abzuwägen zwischen Kontrolle auf der einen und Vertrauen auf der anderen Seite. Ich bin jemand, der mehr auf Vertrauen setzt und weniger auf Kontrolle. Den Weg wollen wir einschlagen, und deshalb ist dieser Antrag gut, weil genau das der Schwerpunkt ist und der Finger in die Wunde gelegt wurde. Deshalb signalisieren wir volle Zustimmung, wie nicht anders zu erwarten war, weil wir mit auf dem Antrag stehen. Die Argumentation des Kollegen Bausback hat deutlich gemacht: Das ist die Richtung. – Die konnte und wollte ich unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Markus Blume das Wort.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich heute gefragt, ob wir es bei dieser wissenschaftspolitischen Debatte einmal hinbekommen, hier als Bayerischer Landtag zu einer einheitlichen Auffassung zu kommen, wie wir in Bayern dastehen und worauf es in Deutschland ankommt.

Lieber Kollege Bausback, ich habe es nicht für möglich gehalten, dass man bei diesem Antrag als Opposition nicht dafür sein kann.

(Beifall bei der CSU)

Aber die Opposition im Bayerischen Landtag kann einen ein ums andere Mal überraschen.

Ich hätte gerne etwas zur Kollegin Osgyan gesagt, aber ich sehe sie nicht mehr. Ich glaube, sie ist schon nach Hause gefahren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hinter dir!)

– Ah, ich sehe sie hinter mir. Dann ist sie nicht nach Hause gefahren, sondern ist noch da. Frau Osgyan, Sie haben gesagt, der Antrag sei ein Begrüßungsantrag. – Ja, das stimmt. Das ist wirklich ein Begrüßungsantrag, weil wir zum ersten Mal wieder eine Bundesregierung haben,

(Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

bei der man forschungspolitisch etwas begrüßen kann. Das war in den letzten dreieinhalb Jahren nicht der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen freuen wir uns darüber, dass der Bund etwas macht, von dem wir überzeugt sind: Es ist richtig und es ist notwendig. Ich sage Ihnen, die Wahrheit ist: Wissenschaft, Forschung und Innovation sind in Deutschland viel zu lange zu klein

buchstabiert worden. Das ist auch unser Problem. Bayern ist heute in der wissenschaftspolitischen Landschaft singulär. Wie Bayern hat sich kaum ein anderes Land aufgestellt, und der Rückenwind im Bund fehlt schon seit vielen Jahren, ehrlicherweise nicht nur in den letzten dreieinhalb Jahren, sondern auch davor waren wir mit vielen anderen Themen beschäftigt. So eine klare wissenschaftspolitische, innovationspolitische Agenda wie im Freistaat Bayern gibt es nirgendwo sonst. Das ist übrigens der Grund, warum der Freistaat Bayern noch besser dasteht als alle anderen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zunächst mal: Diese HTA für Deutschland ist ein wichtiges Aufbruchssignal. Der Kollege Bausback hat schon gesagt, da ist bei Bayern gelernt worden. Das können wir auch gut akzeptieren. Dass da auch ein bisschen abgeschrieben wurde, ist total in Ordnung; denn in dieser HTA für Deutschland steckt echter Bayern-Spirit.

Ich will hier den Damen und Herren, den lieben Kollegen im Parlament, mal sagen, was dieser Bayern-Spirit am Ende auch in Bayern gebracht hat: mit der HTA in Bayern 1.000 neue Professuren, insgesamt ein Finanzvolumen von initial 5,5 Milliarden Euro, 13.000 Studienplätze, Technologietransferzentren, neue Hochschulstandorte im ganzen Land. Das Ergebnis: Wir haben inzwischen zwölf Exzellenzcluster, und zwar in einem streng wettbewerbsorientierten, wissenschaftsgeleiteten Verfahren. Die Universitäten in Bayern haben sich durchgesetzt. Bayern war das einzige Land, das alle Exzellenzcluster-Anträge am Ende durchbekommen hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Chance, neben den beiden herausragenden Münchner Universitäten, den beiden besten Universitäten des Landes, eine weitere Exzellenzuniversität vielleicht in Würzburg zu erringen. Wir haben, lieber Kollege aus dem Wissenschaftsausschuss, inzwischen 22 Promotionszentren der HAWen und der THs in ganz Bayern. Meine Damen und Herren, das ist ein Riesenerfolg. Das hätte uns vor ein paar Jahren niemand zugetraut. Wir haben es geschafft, die Hochschulen für angewandte

Wissenschaften zu echten Forschungszentren im Freistaat auszubauen. Das ist ein Riesenerfolg, gerade auch für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fast jede Woche können wir uns über eine Standortentscheidung freuen. Die Telekom und Nvidia haben gesagt, sie errichten ihr KI-Zentrum, ihre neue KI-Fabrik, die erste, in München. Wir haben gehört von Google, die weiter investieren werden, weil das "das" Forschungszentrum für Google in Deutschland ist. Wir können uns morgen im Zollhof in Nürnberg davon überzeugen, dass dort neben der UnternehmerTUM eine zweite starke Inkubationsaktivität im Freistaat entsteht, die sich ebenfalls im Wettbewerb in Deutschland durchgesetzt hat. Ich könnte die Liste noch lange fortsetzen.

Meine Damen und Herren, was ich sagen will: Wenn man im Wissenschaftsbereich, im Forschungsbereich am Ball bleibt, dann zahlt sich das aus. Das ist das, lieber Kollege Brannekämper, was der Ausschuss, was die Regierungsfractionen immer gefordert haben und was sich in der Hightech Agenda realisiert hat. Man braucht hier langen Atem. Wer da zu früh falsch abbiegt oder nicht am Ball bleibt, meine Damen und Herren, der wird am Ende nicht dabei sein, wenn der Wohlstand in der Welt neu verteilt wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Hightech Agenda Deutschland atmet Bayern-Spirit. Ich glaube, ich habe das deutlich gemacht. Die Hightech Agenda Deutschland ist aber auch ein wichtiger Innovationsrahmen für "Deutschland neu". Dass diese Hightech Agenda mit 18 Milliarden Euro unterlegt ist, ist aus meiner Sicht ein wichtiger Anfang und ein wichtiger Impuls, und zwar gerade auch in den Schlüsseltechnologiefeldern.

Es ist nicht richtig, wie ich jetzt gerade gehört habe, dass noch völlig unklar sei, in welchen Feldern diese Hightech Agenda des Bundes ausgerollt wird. Es sind die Schlüsselfelder für unsere Volkswirtschaft. Es sind die Schlüsselfelder für wirtschaftli-

chen Wohlstand in der Zukunft und die Schlüsselfelder, wo gesellschaftliche Fragen sich entscheiden werden. Da ist Künstliche Intelligenz dabei. Da geht es um die Frage der Compute-Leistungsfähigkeit von morgen. Da ist die Kernfusion dabei. Da wird die Frage zu behandeln sein, wo die Energie von morgen herkommt.

Lieber Kollege Nolte, der kleine Zwischenschlenker sei erlaubt: Ich verstehe, dass Sie ein fundamentales Problem mit dem Stichwort Klimaneutralität haben. Vielleicht versöhnt es Sie etwas, dass in der ganzen Fachwelt Kernfusion auch als klimaneutrale Technologie einsortiert ist und ein wichtiges Element ist, die Energieversorgung von morgen zu stärken und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Vielleicht versöhnt Sie ja dieser Ansatz gedanklich, wo Sie sonst ja irgendwie Ihre Schwierigkeiten haben.

Alle Schlüsseltechnologiefelder, also Quantencomputer, Biotechnologie, Luft- und Raumfahrt, sind in dieser Hightech Agenda des Bundes dabei, weil das die Felder sind, wo wir stark sind, und weil das die Felder sind, wo der Wohlstand von morgen entschieden werden wird.

Ich bin den Regierungsfractionen sehr dankbar, dass sie mit diesem Antrag nicht nur begrüßen, was hier alles vom Bund auf den Weg gebracht wird, sondern auch deutlich machen, lieber Kollege Bausback, dass wir schon ein paar Hausaufgaben haben und nicht nur über zusätzliche Gelder zu reden haben, sondern auch darüber zu sprechen haben, wie man ohne neues Geld in die Hand zu nehmen oder unabhängig davon auch Potenziale freisetzt, die heute mit unendlicher Bürokratie gebunden sind.

Ich habe es verstanden, Frau Kollegin Weitzel, Frau Kollegin Osgyan, meine Damen und Herren von der Opposition: Sie wollen nicht wirklich darüber reden. Ich darf vielleicht mal sagen, Frau Osgyan: Sie sind im Bund nicht mehr in der Regierung. Sie könnten also jetzt offener reden, was Hinweise an den Bund angeht – aber geschenkt.

Da gibt es einige Dinge, die wir wirklich anpacken müssen. Ich gebe Ihnen mal zwei, drei Ideen. Das Erste ist: Wir müssen Innovation endlich mal wieder großschreiben,

nach vorne stellen. Wir haben uns in der Republik viel zu lange mit Fragen beschäftigt, die für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit überhaupt keine Bedeutung haben, und dabei übersehen, dass uns zum Teil andere Regionen in der Welt überholt haben.

Ich lade ein zu einem Blick in die Forschungsstatistiken von völlig unabhängigen Magazinen wie "Nature". Da sind heute, im Jahr 2025, unter den zehn forschungstärksten Institutionen überhaupt nur noch zwei Institutionen, die nicht chinesisch sind. Eine Institution ist die Max-Planck-Gesellschaft und eine ist Harvard. Alle anderen acht Spitzenplätze sind besetzt von chinesischen Organisationen. Die Erwartung ist, dass in einigen Jahren diese Liste wahrscheinlich komplett chinesisch buchstabiert werden wird.

Meine Damen und Herren, das heißt, wir müssen uns hier anstrengen. Wir müssen sicherstellen, dass wir am Ball bleiben. Deswegen müssen wir dringend dafür sorgen, dass Innovation so groß buchstabiert wird, wie das bei uns im Freistaat Bayern seit vielen Jahren der Fall ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mir ist es ein echtes Herzensanliegen, und jeder, der vorher diese Beispiele gebracht hat, hat recht, dass sich Forscherinnen und Forscher endlich vornehmlich mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit beschäftigen können und nicht mit dem Ausfüllen von Anträgen oder mit dem Ausfüllen von Verwendungsnachweisen. Da ist an das Kleingedruckte zu denken. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen schon mal an die großen Sachen ran. Frau Weitzel, ich würde gerade etwas sagen, was Sie vielleicht interessiert. Da geht es nicht nur um die Bürokratie im Kleinen, sondern auch um Dinge, die nur der Bund regeln kann.

Ich gebe Ihnen eine Idee: Wir brauchen eine Bereichsausnahme im Steuerrecht, im Umsatzsteuerrecht, § 2b.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Es ist unerträglich, dass man die Wissenschafts-Community in Deutschland alle zwei, drei Jahre in Atem hält, weil man sagt: Zum 31.12. dieses Jahres ist es so weit, alle Austauschbeziehungen zwischen Universitäten, Unikliniken, Forschungseinrichtungen unterfallen jetzt irgendwie dem Umsatzsteuerrecht. – Sie können sich nicht vorstellen, welche Millionenbeträge hier vorsorglich gedanklich in Haushalte eingestellt werden müssen, dass Heerscharen von Administrationen beschäftigt werden, um zu überlegen: Wie können wir das irgendwie vermeiden?

Ich sage Ihnen etwas: Es gibt eine ganz einfache Lösung, von der man zwar im deutschen Finanzministerium immer sagt, die geht nicht, die aber Österreich praktiziert, nämlich eine Bereichsausnahme für den Bereich Wissenschaft. Das muss auch in Deutschland möglich sein, was in anderen Teilen der Europäischen Union gilt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

So können wir weitermachen. Wir haben heute ein paar Mal etwas zum Thema Bauen und Sanierungsstau gehört. Wissen Sie, was ein Riesenproblem ist? – Diese unendlich langen Verfahren. Wo kommen die her? – Weil alles unendlich kompliziert und ewig ausgeschrieben werden muss. Das Vergaberecht ist ein echter Hemmschuh in der Art und Weise, wie es sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Wenn wir über Bereichsausnahmen reden, möchte ich, dass wir auch im Bereich von Wissenschaft und Forschung die Dinge beschleunigen und die Möglichkeiten im Vergaberecht kritisch überprüfen. So können wir das immer weiter fortsetzen.

Ich nenne ein Beispiel speziell für Sie, liebe Frau Osgyan, weil das ein Parteikollege von Ihnen in der letzten Legislatur zu einer echten Bürde für die Forschung gemacht hat: Cem Özdemir hat gesagt, jetzt wollen wir echt mal den Tierschutz in Deutschland richtig großschreiben, und hat, möglicherweise ganz aus Versehen oder willentlich, mit dem Tierschutzgesetz einen Beitrag geleistet, dass Forschung und auch Tierversuche in weiten Teilen unmöglich geworden wären. Hochschulen, Forschungseinrichtungen

haben Bettelbriefe geschrieben, auch an grüne Ministerpräsidenten, doch bitte im Bundesrat dafür zu sorgen, dass diese Verschärfung des Tierschutzgesetzes bloß nicht kommt.

Sie sehen alleine daran, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es ist wirklich Not am Mann. Wir müssen nicht immer nur über neues Geld reden, sondern auch einfach mal dafür sorgen, dass wir all diese Fesseln, diese selbst auferlegten Fesseln beseitigen und dafür sorgen, dass Wissenschaft und Forschung das machen kann, was sie am besten kann, nämlich die Zukunftsfragen für unser Land zu beantworten, aber bitte nicht mit der Bürokratie von gestern und vorgestern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Weil einige gesagt haben, wir sollten erst mal in Bayern anfangen, sage ich: Ich nehme das immer gerne an. Ich sage Ihnen: Wir werden in den nächsten Wochen mit einem Entwurf für die Novelle des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes kommen, weil wir mit den Hochschulen gemeinsam identifiziert haben, in welchen Bereichen wir entbürokratisieren können. Wir machen das. Wir gehen diesen Weg. Manches muss man im Gesetz noch regeln, anderes haben wir längst im Verwaltungsvollzug geklärt.

Wir haben übrigens, und auch das darf ich sagen, gerade bei der Frage, wie wir Hochschulen und der Forschung Luft zum Atmen geben, in Bayern in den letzten Jahren alles richtig gemacht. Es wird auch nicht durch konstante Wiederholung richtig, was Sie sagen, liebe Frau Osgyan. Es gab in Bayern keine Sparrunden an Hochschulen oder Universitäten. Sie können es hier im Landtag noch ein paar Mal wiederholen; es ist aber einfach nicht richtig. Der Haushalt für Wissenschaft und Forschung in Bayern bewegt sich auf einem absoluten Rekordniveau.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den Hochschulen auch keine Reste eingezogen. Die Reste stehen auch in diesem Haushaltsjahr 2025 den Hochschulen vollumfänglich zur Verfügung. Wir haben, und das gehört ja dazu, in diesem Sinne vorausschauend überlegt, ob wir alle Baumaßnahmen in diesem Jahr wirklich abfinanzieren können mit der Anlage S, die ebenfalls mit einem Rekordabfluss von Baumitteln im Moment hier dargestellt werden kann. Vor dem Hintergrund gab es verschiedene Überlegungen. Ich kann nur sagen: Der Freistaat Bayern hat wie kein anderes Bundesland seit dem Jahr 2018 die Zuwendungen für die Hochschulen um 35 % gesteigert. Wissen Sie was? – Die Grundfinanzierung bleibt nicht dahinter zurück, sondern hat sich absolut im selben Umfang mitentwickelt. Die ewige Rede also, dass die Grundfinanzierung hinterherhinke, ist einfach nicht richtig und wird auch durch Wiederholung nicht besser, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Zu Ihrer Beruhigung darf ich sagen: Mir ist es auch ein Anliegen, dass wir die Grundfinanzierung weiter stärken. Das war auch ein Schwerpunkt bei meinen Haushaltsverhandlungen. Ich kann an dieser Stelle nur sagen – wir werden es zu einem anderen Zeitpunkt hier diskutieren, insbesondere wenn der Haushaltsgesetzentwurf der Staatsregierung beschlossen ist –: Ich bin wahnsinnig froh, dass wir in diesem bayerischen Haushalt trotz eines Haushalts ohne neue Schulden – andere Länder machen Schulden – ein absolutes Prä für Wissenschaft und Forschung verankern konnten, dass wir einen Ministerpräsidenten haben, der sagt: Das ist für mich eine der absoluten Top-Prioritäten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt kein anderes Bundesland, was aus dem Sondervermögen eine Milliarde Euro im Doppelhaushalt für Wissenschaft und Forschung reserviert hat. Liebe Frau Osgyan, eine Milliarde Euro zusätzlich zu dem, was wir im Kernhaushalt, in der Anlage S und darüber hinaus schon machen. Ich kenne keine anderen Länder, die die Kraft haben, zusätzlich zu alledem, was gemacht wird, 600 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, um Wissenschaft und Forschung zu

stärken, und zwar in der Grundfinanzierung genauso, von der Bewirtschaftung angefangen über wirklich einen Zuwachs bei der Grundfinanzierung bis hin zu den ganzen Folgeprojekten der Hightech Agenda. Liebe Frau Osgyan, ich kann Sie nur auffordern: Reden Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern, bilden Sie sich eine Meinung, schauen Sie sich danach den Freistaat Bayern an. Vielleicht können Sie sich dann einmal zu einer ehrlichen Zustandsbeschreibung durchringen, wie es hier in Bayern an den Hochschulen aussieht. So gut wie in Bayern ist es in keinem anderen Bundesland in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Eines will ich noch zum Thema Wissenschaftszeitvertragsgesetz sagen, weil das angesprochen wurde. Auch hier höre ich immer: Wir müssen besser werden. Es ist gut auch für Bayern. – Soll ich Ihnen etwas sagen? – Bayern hat eine Regelung gefunden, die für andere beispielgebend ist. Wir haben nämlich gar kein Problem. Bei uns gibt es Anschlusszusagen, und zwar bis zum Erreichen des Qualifikationsziels. Bei uns gibt es auch keine prekären Befristungen. Frau Osgyan, es gibt nichts – das können Sie sich nur merken, wenn Sie zuhören, Frau Osgyan – in Bayern, wo unterjährig befristet ist, weil unsere Hochschulen gesagt haben: So etwas machen wir nicht. Wir brauchen kein Bundesgesetz, sondern wir sind längst viel weiter, wahrscheinlich auch weiter als die nächste Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Ich will Ihnen das einfach mal sagen, weil Sie auch diesen Punkt immer wieder vorbringen.

Der Kollegin Weitzel will ich auch noch etwas sagen. Liebe Frau Weitzel, wir haben uns aus gutem Grund vor vielen Jahren entschieden, die Hochschulautonomie zu stärken. Wir haben das mit jeder Novelle des Hochschulinnovationsgesetzes oder davor des Hochschulgesetzes getan. Ich finde das auch richtig. Aber dann können Sie sich nicht hier ans Rednerpult stellen und sagen: Wenn irgendwo an einer Hochschule die Reisekostenabrechnung so lange dauert, dass jetzt doch bitte mal das Wissenschaftsministerium dafür sorgen muss, dass dort die Reisekostenabrechnung schneller geht. Ich sage Ihnen eines: Zu leistungsfähigen Hochschulen in der Zukunft gehört nicht nur

Exzellenz in der Forschung und Exzellenz in der Lehre, sondern ich bin der Meinung, wir brauchen auch Exzellenz in der Verwaltung.

(Beifall bei der CSU)

Das muss ein Differenzierungsmerkmal in der Zukunft werden. Deswegen wollen wir als Freistaat Bayern Anreize geben, im Verwaltungsbereich besser zu werden. Keiner kann sich darauf herausreden, dass es irgendeine Vorschrift von meinem Ministerium gibt, dass die Reisekostenabrechnung so kompliziert sei. Das kann jede Hochschule für sich selbst entscheiden. Liebe Frau Weitzel, die guten Hochschulen haben das schon längst im Sinne ihrer Beschäftigten gelöst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne kann ich den Regierungsfractionen nur für das dankbar sein, was sie mit diesem Dringlichkeitsantrag auf den Weg gebracht haben. Es liegt noch viel Arbeit vor uns in Deutschland, um die Handbremse zu lösen, um für Forschung und Innovation die Weiche wirklich auf Vorfahrt zu stellen und am Ende echte zusätzliche Freiheit für Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Ich lade alle ein, auch die Opposition, die eine oder andere ideologische Scheuklappe aus der Vergangenheit einfach mal proaktiv abzulegen, auch wenn es an manchen Stellen vielleicht schmerzt.

Vielleicht noch einen letzten Gedanken: Dual use ist plötzlich das Thema, was wirklich alle beschäftigt. Nach der Zeitenwende hat jeder verstanden: Okay, das mit den Grundklauseln, mit den Zivilklauseln, war vielleicht wirklich falsch. Aber dann muss man halt auch sagen: Mensch, die Bayern haben recht gehabt, lieber Florian Herrmann, mit dem Bundeswehrgesetz. Wir haben gesagt: Wir wollen neue Möglichkeiten schaffen, dass Bundeswehr und Hochschulen zusammenarbeiten können. Zivilklauseln sind aus der Zeit gefallen. Das ist anders, als immer wieder behauptet wird, kein Rückschritt von Freiheit, sondern ein echter Beitrag zu mehr Freiheit.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, deshalb kann ich uns allen nur wünschen, dass diese Hightech Agenda für Deutschland tatsächlich das einlösen kann, was wir uns davon versprechen. Etwas Rückenwind für Bayern – das darf ich sagen – kann es auch gerne sein. Wenn andere in der Republik der Meinung sind, das ist irgendwie vielleicht eine Klüngerlei, kann ich nur sagen: Nein, das ist nur dem Umstand geschuldet, dass wir schon über Zukunft geredet haben, als andere noch geschlafen haben. Es kann wohl nicht der Fall sein, dass nur deshalb, weil wir im Feld Wissenschaft, Forschung und Innovation vorgearbeitet haben, jetzt plötzlich vielleicht noch die Parole ausgegeben wird, Bayern dürfe von dieser Hightech Agenda des Bundes nicht profitieren. Ich bin der Meinung, wir sind gut aufgestellt, und mit mehr Freiheit und mit zusätzlichem Rückenwind wird diese Hightech Agenda auch für Bayern und für Deutschland ein großer Erfolg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste kommt von der Kollegin Katja Weitzel von der SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, es tut mir leid, dass ich das jetzt so ausdrücken muss, aber Sie zerschlagen gerade Porzellan. Erstens habe ich nie gesagt, dass die Staatsregierung die Regelungen für die Reisekostenabrechnung ändern soll. Vielmehr habe ich darauf hingewiesen, dass die Hochschulverwaltungen sich selber noch mal interne Hürden aufbauen, die per Gesetz gar nicht vorgegeben sind, und zwar aus panischer Angst, fehlerhafte Abrechnungen zu machen. Unserer Auffassung nach wäre es eine Aufgabe des Wissenschaftsministeriums, so etwas abzubauen und zu begleiten aller Hochschulautonomie zum Trotz. Ich weiß, jeder hat eine eigene Verwaltung, die anders abläuft. Nichtsdestoweniger kann man hier eingreifen.

Zweitens frage ich mich gerade, ob ich noch einmal darüber nachdenken muss, aber wir hatten angekündigt, Ihrem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

(Heiterkeit des Staatsministers Markus Blume)

Ungeachtet dessen ist zu bemerken, dass immer ganz stark nach Berlin geschielt wird. Es scheint ja sehr witzig zu sein, dass die SPD-Fraktion Ihrem Dringlichkeitsantrag zustimmt, wenn Sie so lachen, aber gut. Nichtsdestoweniger wird immer nach Berlin geschielt. Dabei könnte man hier in Bayern so vieles, insbesondere bei der Grundfinanzierung, mehr machen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Weitzel, bitte denken Sie an Ihre Redezeit.

Katja Weitzel (SPD): Das war auch ein Ergebnis in der Enquete-Kommission in der Sachverständigenanhörung, dass man über das Verhältnis von Drittmitteln und Grundfinanzierung nachdenken muss. Bitte sagen Sie noch etwas dazu.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Liebe Frau Kollegin Weitzel, ich habe tatsächlich nur geschmunzelt, weil Sie gerade Ihre in Aussicht gestellte Zustimmung noch einmal in Frage ziehen wollten. Ich möchte dieses zarte Pflänzchen der Zustimmung seitens SPD zu unserem Dringlichkeitsantrag mit meinem Redebeitrag tatsächlich nicht gefährden. Ich will Ihnen deswegen sachlich antworten. Wir sind regelmäßig mit den Hochschulen im Gespräch. Es gibt Kanzlerbesprechungen und dergleichen. Es werden Best-Practice-Beispiele ausgetauscht. Auch so etwas gibt es heute in der modernen Verwaltung, damit man von anderen und von den Besten lernen kann. Ich darf Ihnen versichern, dass wir alles tun, um die Hochschulverwaltungen zu unterstützen und zu beraten.

Zum Verhältnis der Grundfinanzierung und der Drittmittelforschung kann ich Ihnen nur sagen, dass dies ein wichtiger Punkt ist, den wir mit den großen Forschungsorganisationen besprechen müssen. Meine Sorge ist möglicherweise dieselbe, die auch Sie

haben, dass sich unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Wettbewerben zu Tode siegen und am Ende für das Grundrauschen sozusagen nicht mehr genügend Pulver da ist. Deswegen kann ich nur noch wiederholen: Es war mir ein wichtiges Anliegen bei der aktuellen Haushaltsaufstellung, dass wir gerade auch die Grundfinanzierung in Bayern – dazu gehören auch die Bewirtschaftungskosten – gezielt stärken und deutlichen Aufwuchs haben, um gerade am Ende die wichtige Balance zwischen Breite auf der einen Seite und Exzellenz auf der anderen Seite gewährleisten zu können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Und noch die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich habe Ihren Ausführungen interessiert gelauscht, daher interessierte Nachfragen.

Erstens zum Thema Drittmittel. Wir haben in der Enquete-Kommission auch über die Deutsche Forschungsgemeinschaft und über die Abläufe dort gesprochen. Mich würde interessieren: Sehen Sie da Reformbedarf? Inwieweit ist Bayern da positioniert oder bringt sich ein?

Zweitens. Ich finde auch das Thema § 2b UStG interessant. Da würde mich interessieren: Wie ist denn der weitere Prozess? Geht das über den Bundesrat? Führen Sie Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium? Tut sich bei dem Thema etwas? Vielleicht muss ich es so formulieren: Haben Sie Hoffnung, dass sich da etwas tut?

Drittens, die Vergabegrenzwerte. In dem Ersten Modernisierungsgesetz – das war aus unserer Sicht noch das beste – wurden die Vergabegrenzwerte, die Schwellenwerte für die Kommunen, deutlich erhöht und damit mehr Handlungsspielräume gegeben. Wo ist an dieser Stelle bei den Universitäten und Hochschulen jetzt das Problem? Wer muss da etwas an den Schwellenwerten ändern, damit wir in der Praxis – immer im Hinblick auf den europäischen Rechtsrahmen – tatsächlich einen positiven Effekt bekommen? Die EU gibt uns ja einige Freiheiten, manchmal mehr, als man denkt.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Lieber Kollege Becher, vielen Dank für diese drei präzisen Fragen.

Wir sind selbstverständlich mit den Forschungsorganisationen und auch der DFG im Gespräch. Wir haben in der Wissenschaftsministerkonferenz regelmäßig Gäste und Gespräche. Das sind genau die Punkte, über die wir reden und die der Bund hoffentlich auch mit dem Innovationsfreiheitsgesetz adressiert, dass wir etwas mehr in größere Programme und Projektschienen kommen und uns ein bisschen von diesen Kleinstausschreibungen wegbewegen. Das ist aber etwas, was tatsächlich sehr stark über das Bundesforschungsministerium gesteuert werden muss und dort auch zu einem der Handlungsfelder gehört.

Zu § 2b UStG gibt es stehende Beschlüsse der Wissenschaftsministerkonferenz und auch der GWK. Es war in der Vergangenheit tatsächlich so, dass das Bundesfinanzministerium immer wieder eine Bereichsausnahme abgelehnt hat. Man hat deswegen die Ausnahme zum Jahresende immer wieder neu verlängert.

Wir arbeiten darauf hin – auch da liegt der Ball eigentlich im Bundestag und bei der Bundesregierung –, dass im Zuge dieses Innovationsfreiheitsgesetzes vielleicht auch eine echte Bereichsausnahme fürs Umsatzsteuerrecht geschaffen wird. Das könnte ein Punkt sein; das steht auch im Koalitionsvertrag. Ich würde mir wünschen und auch erwarten, dass das tatsächlich umgesetzt wird.

Zum Thema Vergabe. Ich frage mich: Muss ein Forschungsbau vergaberechtlich genauso behandelt werden wie eine andere öffentliche Baumaßnahme? Oder kann man hier nicht, wo zeitliche Dringlichkeit in ganz besonderer Weise gegeben ist, vielleicht mit bestimmten Sondertatbeständen arbeiten? Auch da gibt es Vorschläge aus der Wissenschaftsministerkonferenz, wo man am Ende schauen muss, wie man sie – natürlich auch zum Teil mit dem europäischen Vergaberecht – synchronisieren kann.

Ich will noch ganz kurz ein Letztes anhängen, weil diese Zahl, die einfach nicht richtig ist, immer wieder genannt wird: Der Kollege Nolte hat wieder gesagt, dass

an den Hochschulen heute die Hälfte Verwaltungsangestellte sind. Das ist, weil die Enquete-Kommission gerade angesprochen wurde, auch bei der Enquete-Kommission schon gesagt worden. Es ist nicht richtig. Wir haben an den staatlichen Hochschulen in Bayern nur 16.500 Verwaltungsbeschäftigte. Deswegen ist Ihre Aussage, dass die Hälfte von 126.000 – oder sogar mehr – in der Verwaltung wären, schlichtweg falsch. Ich darf Sie einfach bitten, das in Zukunft nicht mehr zu behaupten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Blume. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER, Drucksache 19/8827, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, FREIEN WÄHLERN und SPD. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen! – Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.